

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 32 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 9. August 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Der Zweck der Volkswirtschaft. — Laßt es jetzt genug sein. ... — Freier Handel oder Zwangswirtschaft für Portefeuillebesitzer? — Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1917. — Wirkliche Löhne der Rüstungsarbeiter. — Die Schlichtungskommission für das Lederanrüstungsgewerbe in Frankfurt a. M. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Soziales. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 11. bis 17. August 1918 ist der 33. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Der Zweck der Volkswirtschaft.

Bekanntlich unterscheidet sich der Mensch vom Tier auch dadurch, daß er sich bei seinem Tun Zwecke setzt und die notwendigen Mittel ergreift, um den Zweck zu erreichen. So verfolgt er auch mit dem, was wir wirtschaften nennen, einen oder mehrere Zwecke. Weil der Mensch Bedürfnisse verschiedener Art hat, die befriedigt werden müssen, so muß er arbeiten, d. h. er muß der Natur Rohstoffe abgewinnen, diese Rohstoffe zu Gebrauchsgegenständen verarbeiten und die fertigen Erzeugnisse an die Verbraucher heranbringen. Alle diese Tätigkeiten, die man unter dem Begriff „Wirtschaften“ zusammenfaßt, sind lediglich die Mittel zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung. Es werden Gebrauchsgüter hergestellt und dorthin geleitet, wo sie gebraucht werden. Daneben gibt es auch noch Tätigkeiten, die nicht auf die Herstellung materieller Güter gerichtet sind, sondern andere menschliche Bedürfnisse befriedigen. Die Tätigkeit eines Arztes, eines Lehrers, eines Schauspielers, eines Sängers dient ebenfalls der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Auch diese Tätigkeiten fallen unter den Begriff „wirtschaften“ und deshalb befaßt sich unsere Volkswirtschaft, d. h. die Befriedigung der Bedürfnisse unseres Volkes in all seinen Gliedern und Teilen, mit der Erzeugung und Verteilung von Sachgütern und der Leistung von Diensten.

Offenbar ist der ursprüngliche und eigentliche Zweck der Wirtschaft die Bedarfsdeckung und die sogen. Bedarfsdeckungswirtschaft ist die Form des Wirtschaftens, die diesem Zwecke am besten entspricht. Wenn es gelingen könnte, den Bedarf eines jeden einzelnen Volksgenossen und auch der Gesamtheit regelmäßig, dauernd und ausreichend zu decken, so wäre das Ziel erreicht, und eine solche Wirtschafts- und Gesellschaftsweise müßte als das Ideal einer Volkswirtschaft bezeichnet werden. Tatsächlich geht auch das Streben aller Menschen von sozialer Einsicht und sozialem Empfinden darauf hinaus, eine solche Wirtschaftsform zu schaffen, und der Sozialismus ist ja weiter nichts als das ernste, unablässige Bemühen, eine möglichst vollkommene Bedarfsdeckungswirtschaft ins Leben zu rufen, um auf der Grundlage einer gesicherten

Existenz einem jeden Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu einem Kulturmenschen zu entwickeln und sich als Kulturmenschen zu betätigen.

Das Mittelalter erstrebte eine Bedarfsdeckungswirtschaft. Der Bedarf des einzelnen oder der einzelnen Familie, der jogen, standesgemäße Unterhalt, sollte in jedem Falle gesichert sein. Das Geld spielte damals noch nicht die Rolle wie heute, und das Aufhäufen von Reichtümern war noch unbekannt. Das gute Auskommen schwebte den Menschen als erstrebenswertes Ziel vor; wer die Möglichkeit dazu hatte, lebte aus dem Vollen und trieb Verschwendung; wer weniger hatte, mußte sich einschränken, und wer nichts besaß, litt große Not und verkam im Elend. Unter allen Umständen aber war das Ziel nicht auf den Erwerb von Geld, sondern auf eine ausreichende Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. gerichtet. Diese Wirtschaftsweise, die einen bestimmten, den mittelalterlichen Wirtschaftsgeist, erzeugt hatte, wurde auf die Dauer unhaltbar. Die Ansprüche der Menschen ans Leben wuchsen ständig, aber die handwerksmäßige Arbeitsweise war nicht imstande, diesen größeren Bedarf zu befriedigen. Darum sprengte der Menschengeist die Schranken, die man ihm gezogen hatte, und der moderne Kapitalismus erschien auf der Bildfläche. Durch die Verwendung von Arbeits- und Kraftmaschinen, durch die Nutzbarmachung der Naturkräfte und durch die planmäßige Organisation der Arbeit in den Großbetrieben stieg die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit ganz ungemein und es wäre im Laufe der Zeit sehr wohl möglich gewesen, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Leider aber machte sich gleichzeitig mit den technischen Fortschritten ein ungewöhnliches Erwerbsstreben bemerkbar und die Menschheit wurde geradezu von einem Heißhunger nach Gewinn ergriffen. Es genügte ihnen nicht mehr, ein gutes Auskommen zu haben, sie wollten vielmehr außerdem noch Gewinne einheimen, Uberschüsse erzielen, Kapital aufhäufen. Diese Erwerbsgier, die sich aus den Fesseln mittelalterlicher Ordnung freigemacht hatte, führte zu einer Auseinandersetzung der Gesellschaft. Das Kapital überrannte alle sittlichen und menschlichen Erwägungen und warf die besitzlosen Massen in ein Meer körperlichen und geistigen Elends. Auf der einen Seite erhob sich der bergeshohe Reichtum der Wenigen, auf der anderen klaste die abgrundtiefe Not der Vielen. Die neuentstandene Erwerbswirtschaft, die so viel Gebrauchsgegenstände zu erzeugen vermochte, hatte es dahin gebracht, daß die große Masse des Volkes an den notwendigen Dingen Mangel litt. Dieser Zwiespalt zwischen der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und der Verelendung der Volksmassen peitschte die Gemüter auf und erzeugte den Willen, einer solch unheilvollen Wirtschaft ein Ende zu machen. Dieser Wille nahm ständig an Stärke zu, bis der Weltkrieg ihn einstweilen lahmlegte.

Während der Kriegszeit feiert die Erwerbsgier wahre Orgien. Es ist geradezu ein Sohn

auf jede Vernunft, von Kriegssozialismus sprechen zu wollen in einer Zeit, in der alle anti-sozialen Triebe im Menschenherzen entfeßelt sind. In unserem wirtschaftlichen Leben während des Krieges ist auch nicht die geringste Spur eines auf dem Solidarismus aller Volksgenossen beruhenden Sozialismus zu finden, und es ist eine Frechheit sondergleichen, dem Sozialismus jene Mißwirtschaft in die Schuhe schieben zu wollen, die lediglich durch die Selbsttucht und Sabotier der einzelnen verschuldet worden ist. Der Krieg hat die Erwerbswirtschaft ihrer Hülsen entblößt und im wahren Lichte gezeigt. Der Wirrwarr des Krieges und die Knappheit an Lebensmitteln haben alle schlechten Instinkte der Menschenbrust zur Reife gebracht und in die Salme schießen lassen. Die Verbraucher suchen so sich heranzuschaffen, was sie bekommen können; die Erzeuger und Händler nehmen Wucherpreise und die Kriegsbetriebe machen auf Kosten des Staates und des Volkes Millionengewinne. Nirgendsmehr zeigt sich eine bewußte Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen, jeder Mensch und jede Gruppe sorgt nur für sich, und schamlos und frech zeigt sich die Erwerbsgier auf der offenen Bühne des Lebens. Zu Beginn des Krieges wurde das Wort geprägt: „Es kommt nicht darauf an, daß viel Geld verdient wird; es kommt lediglich darauf an, daß unser Volk in seiner Existenz gesichert ist!“ — aber dieses Wort ist längst vergessen worden und zu einem Spottwort geworden. Jetzt kommt es darauf an, daß viel Geld verdient wird, die Existenz des Volkes ist Nebensache. Das ist ein trauriges Zeichen der Zeit und eine Errungenschaft des Krieges, auf die wir wahrlich nicht stolz sein können.

Unter der Herrschaft der kapitalistischen Erwerbswirtschaft vor dem Kriege hatte man den Zweck des Wirtschaftens fast ganz vergessen, die Bedarfsdeckung war nur ein notwendiges Uebel, das eigentliche Ziel war der Profit. Während des Krieges ist dies noch schlimmer geworden. Die Absicht der Bedarfsdeckung, aus der die behördliche Kriegswirtschaft entsprungen ist, ist erfolglos geblieben, die Kriegswirtschaft verfaßt und die Erwerbsgier triumphiert auf der ganzen Linie. Da ist es doch wirklich an der Zeit, daß sich die Menschen mal wieder auf den Zweck der Volkswirtschaft besinnen, daß sie sich im Innern bewußt werden, worauf es bei unserem Wirtschaften ankommt. Allerdings besteht wenig Aussicht, daß in absehbarer Zeit diese Hoffnung erfüllt wird. Aber in der Zukunft, wenn erst wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, wird die Menschheit wie aus einem wüsten Traume erwachen und sie wird erkennen, daß die Erwerbswirtschaft einem jedem Volke zum Unheil gereichen muß, daß aber das Heil eines Volkes in der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft zu suchen und zu finden ist.

Laßt es jetzt genug sein . . .

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Dachleder, Frankfurt a. M., veröffentlicht im Verbandsorgan vom 3. August folgenden an das Reichsamt des Innern gerichteten Brief:

„Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns, an das Reichsamt des Innern einen Warnungs-ruf zu richten. Es geht so nicht mehr weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Verbrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 3-400 Proz. und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeits-hosen zu kaufen, die früher mit 4-5 Mk. bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in 4 Jahren 50 Proz. an Lohnerhöhungen bekommen, jähnde Gewinnsucht aber hat alles um 200 Proz. verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Eier nach Kriegsgewinn schuld.“

Trotz 50prozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleich-handelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzugehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heute um das Zwanzigfache im Preise gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur noch ein Entweder — Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Wort, die Regierung setze schnell ein, daß wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden.“

Unsere Schränke, unsere Kisten sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer, unsere Kinder darben, es fehlt am Nötigsten. Das andere verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserem Blut und unseren Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen schmutzhaften Handel; wir sind gezwungen, unser eigenes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsere Kraft.“

Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weiter geht, dann hilft kein Reden, keine schöne Geste, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung, kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, daß unsere Kinderkinder einmal das gleiche Wahlrecht bekommen werden; uns Arbeiter grünt dann in kurzer Zeit der völlige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht, uns öffentlich zu versteigern, unsere letzte Nervenzelle in Kriegs-gewinn zu verwandeln. Man weiß scheinbar nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Nixtends finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserem Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie bei lebendigem Leibe gepöppelt werden. Hier hilft nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Feuerungszulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der anderen Seite. Aber das muß rasch geschehen. Wir eruchen um schnellste Vermittlung, so oder so. Diese Zeilen sind das Echo von über hundert Zuschriften. Wir bitten die Regierung, sie nicht unbeachtet zu lassen.“

Freier Handel oder Zwangswirtschaft für Portefeullesleder?

Der Streit zwischen der Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten und dem Verbands Deutscher Lederwarenindustrieller, ob Leder für Portefeulles-zwecke frei gehandelt oder zwangsweise bewirtschaftet werden soll, will immer noch nicht zur Ruhe kommen. Während der Offenbacher Verband aus naheliegen-den Gründen für den freien Handel eintritt und be-sonders hervorhebt, daß ein diesbezüglicher Antrag von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten be-fürwortet wird, tritt die Berliner Vereinigung für die Zwangswirtschaft während des Krieges und der Uebergangswirtschaft ein. Ein Standpunkt, den auch wir aus prinzipiellen und sachlichen Gründen teilen. Beide Verbände sind nun bemüht, dem Reichswirt-schaftsamte die Berechtigung ihrer Meinung zu be-weisen und es zu veranlassen, ihren Wünschen zu entsprechen. Trotz der Papierknappheit werden die Mitglieder in umfangreichen Denkschriften aufge-fordert, ihre Ansichten den Vorständen zu über-mitteln. Wir müssen es uns verlagern, diese Schreiben im vollen Wortlaut zum Abdruck zu bringen, und be-schränken uns daher auf das Wichtigste. So sagt die Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten in ihrer Gegenschrift sehr richtig:

„Würde nun der freie Wettbewerb eingeführt, also das Leder dem Gerber zur freien Verfügung überlassen, so wären große Preistreiberereien auf dem Ledermarkt unserer Industrie und ferner ein abso-luter Mangel an Leder für alle nicht ganz großen

Lederwarenfabrikanten die sichere Folge davon. Des-halb schlagen wir in unserer Eingabe vom 1. Juli vor, unter stärkster Selbstverwaltung unserer Industrie, allerdings unter behördlicher Kontrolle, durch die beteiligten Kreise selbst dafür sorgen zu lassen, daß die knappen verfügbaren Leder nicht im höchsten Maße verteuert werden und nicht ausschließ-lich wenigen kapitalkräftigen Großfirmen zufließen, sondern daß jeder Betrieb nach Maßgabe seiner Größe und Bedeutung das ihm zukommende Leder erhält. Wenn für unsere Industrien schon wenig Leder da sein wird, so soll doch jeder Fabrikant, ob groß oder klein, den ihm zukommenden Anteil ge-sichert erhalten. Besser wenig Leder und sicher, als überhaupt kein Leder.“

„Nur ist, daß die Gerber bei den kleinen Quanten, die sie haben werden, in erster Linie die großen Kunden berücksichtigen, mit denen sie auch im Frieden groß gearbeitet haben. Sie arbeiteten nur dann mit den kleineren und mittleren Fabri-kanten, wenn sie Ueberproduktion hatten. Bei der zu erwartenden großen Nachfrage nach den vor-handenen sehr kleinen Ledermengen wird es den Gerbern nicht einfallen, sich überhaupt mit mittlere-n und kleineren Fabrikanten zu befassen, da sie ihr ganzes Quantum zu jedem beliebigen hohen Preise absetzen können. Es wird so sein wie es jetzt leider geschieht, daß manche Gerber, die freies Leder haben, den Kunden fragen, was willst Du mir dafür geben und an den verkaufen, der das meiste bietet. Es wird leider bedenklich im Schleichhandel zu unglau-blich hohen Preisen verkauft.“

Der Deutsche Verband sagt nämlich selbst in seinem Schreiben vom 20. Juli, daß das durch die Klage zur Verteilung gelangende Leder nur einen geringen Teil der Ledermengen ausmache, welche in die Lederwaren-Industrie gekommen sind und kom-men, und daß folglich von einer Einstellung der Zu-richtung durch die Klage nur ein geringer Teil des Leders für unsere Industrie berührt werde. Wir bezweifeln zunächst die Richtigkeit dieser Behauptung, denn wenn es gesetzmäßig auf dem Ledermarkt zuginge, so würde sämtliches Leder behördlich erfasst, überwacht und verteilt. Nach der Gegenschrift des Deutschen Verbandes müßte man vermuten, daß trotz strenger behördlicher Ueberwachung das meiste Feinleder in Nebenkanäle geht. Denn welcher Fabrikant hat außerhalb der Verteilungen durch die Klage in den letzten Kriegsjahren noch Leder bekom-men? Einige für die Schuhindustrie verorbnete Posten sind Offenbacher Großfabrikanten direkt vom Gerber zugegangen. Andere Posten sind zu fast Dreifachen des gesetzlichen Höchstpreises verschoben worden. Auf der Faktura stand zwar der Höchstpreis, das andere wurde aus der Tasche brausgelegt. Wären diese Posten auch durch den Verband der Portefeulles- und Feinleiderhersteller und Händler an unsere Industrien nach dem bestehenden Schlüssel zur Ver-teilung gelangt, so hätten 50-100 Firmen recht gute Posten Vor-zug und anderes Leder bekommen können. Soll das bei freiem Wettbewerb auf dem Ledermarkt die Regel werden? Wir fragen wieder-holt, welcher Fabrikant hat außer dem Klage-Leder in den letzten Kriegsjahren Leder auf Freigabebechein erhalten? Ohne die keinen Klageposten, durch den genannten Händlerverband verteilt, wären die meis-ten Fabrikanten in den letzten Kriegsjahren über-haupt ohne Leder gewesen und hätten ihre Betriebe längst schließen müssen.“

Des weiteren entnehmen wir der Gegenschrift der Berliner Vereinigung, daß in Offenbach a. M. 162, in Berlin 128 Unternehmer ihrer wirtschaftlichen Interessenorganisation angehören, d. h. mit ganz ver-einzelt Ausnahmen sind die Lederwarenfabrikanten wirtschaftlich organisiert. Hier können sich unsere Kollegen und Kolleginnen ein Beispiel nehmen. Wenn beide Verbände auch jetzt in bezug auf die Lederbewirtschaftung gegensätzlicher Meinung sind, sobald es gilt, Forderungen der Arbeiter durch-zusetzen, wie sie der nächstjährige Tarifabschluß be-dingt, werden die feindlichen Brüder wieder einig sein.“

Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1917.

Die Hoffnung, daß der blutige Kampf der Na-tionen mit dem Jahre 1917 sein Ende finden würde, hat sich leider nicht erfüllt. Noch immer ist es der Menschheit nicht vergönnt gewesen, zur Friedensarbeit und ihren Kulturaufgaben zurückzukehren. Die Ge-werkschaftskartelle besonders haben unter dem Kriegs-zustand stark zu leiden. Wie schwer sie betroffen wurden, läßt sich ermessen an dem starken Rückgang der Zahl der bestehenden Kartelle seit dem Kriegs-beginn. Den Höchststand von bestehenden Kartellen weist von allen Berichtsjahren das Jahr 1913 mit 771 Kartellen auf. An der Statistik des Jahres 1914 sind dagegen nur 578 Kartelle beteiligt. Die Be-teiligungsziffer sinkt dann weiter 1915 auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Auch die Statistik für 1917

weist mit 453 daran beteiligten Kartellen einen wei-teren Rückgang auf, doch ist dieser gegen das Vor-jahr nur noch gering. Es scheint, daß mit dieser niedrigsten Beteiligungsziffer nun der tiefste Stand erreicht ist. Eine erhebliche Aufwärtsbewegung dürfte allerdings zunächst nicht zu erwarten sein. Die Zahl der bestehenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleich zu erachten. Der Bestand der Kar-telle, der sich zurzeit ziffernmäßig nicht genau nach-weisen läßt, ist erheblich höher einzuschätzen, denn in vielen Fällen ist die Tätigkeit der Kartelle mangels geschulter Kräfte und sonstiger Umstände nur unter-bunden, und verlagert aus diesem Grunde auch die Be-richterstattung. Man kann solche Kartelle nicht ohne weiteres als nicht mehr bestehend ansehen. Wie wenig diese Annahme berechtigt ist, beweist der Um-stand, daß gerade an der jüngsten Statistik 25 Kar-telle beteiligt sind, die während zweier Jahre keinen Bericht erstatteten. Erst geraume Zeit nach Kriegs-beendigung wird der Kartellbestand ziffernmäßig fest-gestellt werden können. Höchst bedauerlich ist, daß in der Statistik von 1917 auch einige größere Orte fehlen.“

Den 453 an der Statistik beteiligten Kartellen wa-ren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5438 Gewerkschaften, die insgesamt 1 053 402 Mitglieder zählten, angeschlossen. Davon kommen 14 Zweig-vereine mit 3602 Mitgliedern auf den Verband der Süddeutschen Eisenbahner und 5419 Zweigvereine mit 1 049 800 Mitgliedern auf die der Generalkommission angeschlossen Zentralverbände. Das Vorjahr wies 837 492 Mitglieder auf, es ist also ein Mehr von 215 910 Mitgliedern zu verzeichnen, obgleich von der Statistik weniger Kartelle erfasst wurden und einige größere Orte fehlen. In dieser Vermehrung der Mitglieder kommt die im Jahre 1917 eingetretene Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften zum Ausdruck. Nach den von der Generalkommission vierteljährlich vorgenommenen Erhebungen hatten die Zentralver-bände Ende 1917 zusammen 1 276 632 Mitglieder, ohne die Verbände der Chorjänger und Deutschen Eisenbahner, von dieser Zahl wurden demnach 82,2 Prozent von der Kartellstatistik erfasst. Eine völlige Erfassung ist schon deshalb nicht möglich, weil nicht alle Mitglieder der Zentralverbände Kartellen ange-schlossen sind.“

Von allen den Kartellen angeschlossenem Mit-gliedern stellt der Verband der Metallarbeiter allein 348 149. Im weiten Abstände folgen dann die Fa-brikarbeiter mit 93 064, die Holzarbeiter mit 73 761, die Transportarbeiter mit 60 501 Mitgliedern und der Verband der Textilarbeiter mit 55 331 Mitglie-dern. Diese sechs Verbände umfassen weit über die Hälfte des gesamten Mitgliederbestandes der Kartelle.“

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind solche engen Grenzen gezogen, daß sie fast als auf-gehoben angesehen werden kann. Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, die größere Gebundenheit und Abhängigkeit des Arbeiters im Arbeitsverhältnis und nicht zuletzt auch der Mangel an agitatorisch geschulten Kräften lassen eine großzügige Werbearbeit für die Gewerkschaften nicht zu. Die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Fiege besonders die Kartelle berufen sind, ist unterbunden. Wenn die dazu geschaffenen Einrichtungen auch noch bestehen, so dürften sie doch eine recht bescheidene Wirksamkeit ausüben. Ungenügende Ernährung, die ständige Sorge um die Verbeschaffung der notwendigen Nahrungsmittel, lange Arbeitszeit bei intensiver, erschöpfender Arbeitsleistung stumpfen den Arbeiter allmählich ab und lähmen das ideale Streben, seinem Leben einen höheren Inhalt zu geben. Da findet die Pflege der Bildungsbestrebungen keinen fruchtbareren Boden. Andererseits sind den Kartellen durch den Kriegszustand eine Reihe neuer Aufgaben erwachsen, die besonders in den verschiedenen Zweigen der Kriegsfürsorge und durch die Tätigkeit in den durch das Hilfsdienstgesetz gebildeten Ausschüssen zu er-füllen sind.“

Die wertvollen Einrichtungen der Kartelle sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaftsmit-gliedern hohe finanzielle Lasten auf. Der Wert der unentgeltlichen Rechtsberatung für das werttigste Volk ist während des Krieges ungewisselhaft noch ge-stiegen und so ist es denn recht erfreulich, wenn seitens der Gewerkschaften die größten Anstrengungen gemacht werden, diese Rechtsberatungs-einrichtungen über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Im Jahre 1917 wurden von den Kartellen 111 Arbeiter-sekretariate, die gleiche Zahl wie im Vorjahre, unter-halten. Das Bestehen von Rechtsauskunftsstellen wurde von 122 Kartellen berichtet. Die Zahl dieser Einrichtungen dürfte jedoch erheblich höher sein, da viele Kartelle nicht berichteten. Gewerkschaftsbureau mit angestellten Beamten waren in 21 Orten, wie im Vorjahre, vorhanden. Die Zahl der in den Ar-beitersekretariaten und Gewerkschaftsbureau tätigen

befoldeten Angestellten betrug 158 gegen 161 im Jahre 1916. Der Mangel an geeigneten Kräften zur Führung der Geschäfte wird besonders dadurch beleuchtet, daß bei 13 Sekretariaten die Tätigkeit nebenamtlich ausgeübt wird. (Schluß folgt)

Wirkliche Löhne der Rüstungsarbeiter.

Wie in die neueste Zeit wurde von bekantem, im Dienste der Unternehmer stehenden Zeitungen das Märchen von dem schwererwerbenden, Champagner trinkenden und Kaviar vertilgenden Maurern der Gründerzeit verbreitet und daran die Entlohnung der Rüstungsarbeiter im jetzigen Kriege geknüpft. Wochenlöhne bis zu 800 Mk. sollten erreicht worden sein. Gegen diese sinnlosen Behauptungen ist die Leitung des Metallarbeiterverbandes energisch aufgetreten und hat durch Vorlegung von Material Beweise verlangt. Diese sind allerdings nicht geliefert worden. Dessenungeachtet wurde geflissentlich mit den hohen Löhnen weiter paradiert, um so die Öffentlichkeit von dem Abbau der Löhne als eine im Allgemeininteresse gelegene Wohlthat zu überzeugen. Dieser Bestrebungen entgegenzuwirken ist eine statistische Aufnahme am besten geeignet, an der sich 509 945 männliche und 259 061 weibliche Arbeiter der Rüstungsindustrie beteiligt haben. Diese wohl umfangreichste Privaterhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verliert durchaus nichts an ihrem Wert, wenn sie auch nicht alle in Betracht kommenden Arbeiter umfaßt. Unter Berücksichtigung des eben Gesagten und daß die Angaben sich nur auf Betriebe mit gewerkschaftlich Organisierten erstreckt, die Ergebnisse erfolgreicher Lohnbewegungen, Lohnverbesserungen und Feuerungszulagen mit einberechnet sind, kann gesagt werden, daß diese Erhebung über die Löhne in der Rüstungsindustrie ein zutreffendes Bild über die wirklichen Löhne bietet.

Nach dieser Zusammenstellung verdienen von 509 945 männlichen Arbeitern die Stunde: 147 bis 40 Pf., 3001 40—50 Pf., 89 949 50—75 Pf., 154 980 75—100 Pf., 135 730 100—125 Pf., 58 814 125 bis 150 Pf., 46 098 150—175 Pf., 11 001 175—200 Pf., 5976 200—225 Pf., 3483 225—250 Pf., 755 250 bis 275 Pf. und 11 275—300 Pf.

Stundenverdienste von 175 Pf. und darüber sind nur für Berlin und einige Orte der Provinz Brandenburg festgestellt worden und zwar für 21 226 Arbeiter. Darunter sind 170 Arbeiter aus der Provinz Brandenburg, alle übrigen aus Berliner Betrieben. Die große Masse der an diesen Erhebungen beteiligten Arbeiter, 290 710 = über 57 Proz., erreicht Stundenverdienste von 75—125 Pf. und 93 097 = 18,3 Proz. der Beteiligten verdienen sogar nur zwischen 40 und 75 Pf. die Stunde. An dem Höchstverdienste ist also nur ein geringer Teil der Rüstungsarbeiter, 4,2 Proz., beteiligt, während die Masse derselben nur verhältnismäßig niedere Verdienste erreicht.

Wie die Statistik weiter ergibt, sind die Löhne in den verschiedenen Landesteilen recht verschieden: 50—100 Pf. die Stunde verdienen: 35 192 = 7,1 Proz. der Beteiligten in Schlesien, 52 774 = 9,2 Proz. im Königreich Sachsen, 36 662 = 8,4 Proz. in Nordwestdeutschland, 59 905 = 6,1 Proz. in Südwestdeutschland. Etwas höher sind die Verdienste der Mehrheit der Beteiligten in folgenden Landesteilen: Es erzielen einen Stundenverdienst von 75—125 Pf. in Mitteldeutschland 33 985 Arbeiter = 76,8 Proz. der Beteiligten, in Rheinland-Westfalen 56 126 Arbeiter = 62,7 Proz. der Beteiligten und in Bayern 30 207 Arbeiter = 96,0 Proz. der Beteiligten. In der Provinz Brandenburg betragen die Stundenverdienste von 3787 Arbeitern = 87 Proz. der Beteiligten zwischen 75 und 125 Pf., in Pomern, Ost- und Westpreußen werden von 23 606 Arbeitern = 72,1 Proz. der Beteiligten Stundenverdienste zwischen 100 und 150 Pf. erreicht, und in Berlin verdienen 44 366 Arbeiter = 58,9 Proz. der Beteiligten zwischen 125 und 175 Pf. die Stunde.

Die Statistik kommt schließlich zu folgenden Ergebnissen:

Die Wochenverdienste für die 509 945 am der Statistik beteiligten Rüstungsarbeiter bewegen sich in folgender Höhe. Es verdienen die Woche: 1: 18 Mk., 112: 18—25 Mk., 2668: 25—30 Mk., 21 671: 30—35 Mk., 23 733: 35—40 Mk., 67 864: 40—45 Mk., 52 428: 45—50 Mk., 110 474: 50—60 Mk., 118 609: 60—75 Mk., 118 956: 75—100 Mk., 10 426: 100 bis 125 Mk. und 3003 über 125 Mk.

Es ergeben sich demnach für sämtliche an dieser Erhebung beteiligten Männer folgende Wochenverdienste: 168 477 = 31,1 Proz. verdienen unter 50 Mk., 224 083 = 43,9 Proz. verdienen 50—75 Mk., 113 956 = 22,4 Proz. verdienen 75—100 Mk. und 13 429 = 2,6 Proz. erreichen Verdienste von über 100 Mk.

Die Wochenverdienste der 259 061 beteiligten Arbeiterinnen betragen: 3764: 12—15 Mk., 13 031: 15 bis 18 Mk., 6995: 18—20 Mk., 13 513: 20—22,50 Mk., 17 463: 22,50—25 Mk., 48 729: 25—30 Mk., 28 851:

30—35 Mk., 51 164: 35—40 Mk., 53 882: 40—45 Mk., 15 028: 45—50 Mk., 5517: 50—60 Mk. und 624 über 60 Mk.

Demnach verdienen:
 Bis 20 Mk. die Woche 23 790 Arbeiterinn. = 9,2 Proz
 " 30 " " " 79 705 " = 30,8 "
 " 40 " " " 80 015 " = 30,9 "
 " 50 " " " 69 510 " = 26,8 "
 Über 50 " " " 6 041 " = 2,3 "

Nur in Berlin und Rheinland-Westfalen wurde eine größere Zahl Arbeiterinnen festgestellt, die über 50 Mk. die Woche verdienen. In allen übrigen Landesteilen bleiben die Verdienste der Arbeiterinnen unter 50 Mk. die Woche.

Der Bericht meint zum Schluß:
 „Jedenfalls zeigen diese Zahlen, was von den „hohen Löhnen“ der Rüstungsarbeiter zu halten ist. Im Verhältnis zur heutigen Feuerung sind die höchsten Verdienste gar nicht hoch und reichen nur zur Bestreitung der notwendigen Bedürfnisse aus. Die große Masse der Rüstungsarbeiter arbeitet, wie diese Feststellungen beweisen, zu unzureichenden Verdiensten. Festgestellt wurden diese Verdienste durchweg für Arbeiter in Betrieben mit gut organisierter Arbeiterkraft. Denn nur in diesen war es möglich, Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Es handelt sich also gewissermaßen um die Elite der Rüstungsarbeiter. In schlecht organisierten Betrieben sind die Verhältnisse naturgemäß viel ungünstiger. Unter solchen Umständen arbeitet heute schon das Unternehmertum und seine Presse ständig an dem Abbau der Löhne. Anstatt Abbau ist weitere Erhöhung der Verdienste notwendig, wenn die jetzige Feuerung bleibt oder gar weiter steigen sollte. Jedenfalls gibt die Zusammenstellung der Verdienste von über dreieiertel Millionen Rüstungsarbeiter eher ein Bild von den „Höhenverdiensten“ der Rüstungsarbeiter, als die Räuber-geschichten über die Verschwendungssucht derselben in der Unternehmerpresse.“

Die Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe in Frankfurt a. M.

unter Vorsitz des Herrn Professor Dr. Cahn beschäftigte sich mit der Frage, ob auf Instandsetzungsarbeiten die reichsstarifliche Feuerungszulage gezahlt werden müsse. Zur Sache selbst wird von dem Vertreter der Arbeiter vorgetragen, daß die beklagte Firma Instandsetzungsarbeiten für das städtische Arbeitsamt anfertigen lasse, aber die reichsstariflichen Feuerungszulagen nicht bezahle. Nach Ziffer 5 des Reichstarifs seien Instandsetzungsarbeiten unter tariflichen Bedingungen anzufertigen. Als Hauptunternehmerin komme das städtische Arbeitsamt in Frage, das die Arbeiten weiter verberge. Das Arbeitsamt habe die Verpflichtung, die Zwischenunternehmer zur Einhaltung der tariflichen Bedingungen anzuhalten. Bisher sei das nicht geschehen, in der letzten Zeit sei aber dieser Verpflichtung nachgekommen worden. Die in Betracht kommende Firma hätte sich aber nach den Weisungen des Arbeitsamtes nicht gerichtet. Die Folge der Nichteinhaltung wäre, daß dem Arbeitsamt bzw. den Unternehmern die Arbeit vom Bekleidungsamt zu entziehen sei. Er beantrage, die Firma Wendt zur Zahlung des tariflichen Lohnes zu verurteilen.

Herr Dr. Schlotter als Vertreter des Arbeitsamtes führt aus: Die ganze Vergebung beruhe auf einem Hauptvertrage, der zwischen dem städtischen Arbeitsamt und dem Bekleidungsamt abgeschlossen worden sei und Bedingungen über die Lohnzahlung enthalte. Danach sollten drei Viertel der Vergabepreise als Lohn gezahlt werden, während der übrige Teil zu verteilen sei, wobei das Arbeitsamt sich einen gewissen Prozentsatz als Hauptunternehmerin vorbehalten könne und der übrige Teil den Unternehmern zufließen solle. Es sei zweifelhaft gewesen, ob man mit diesen Bedingungen durchkomme, weshalb mit dem Instandsetzungsamt verhandelt und mit dem Hauptlieferanten, der Sattlerinnung, vereinbart worden sei, daß gewisse Mindestlöhne festgelegt würden. Diese Mindestlöhne, die auch die Billigung des Instandsetzungsamtes gefunden hätten, seien dem Sattlertarif entnommen, jedoch ohne Zustimmung. Später sei die Frage aufgeworfen worden, ob für die Instandsetzungsarbeiten überhaupt die Bestimmungen des Reichstarifs in Frage kämen. Um aber Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, habe das Arbeitsamt sämtliche Verträge gekündigt und den Lieferanten mitgeteilt, daß der Reichstarif in Geltung käme. Um eine neue Grundlage zu finden, habe das Arbeitsamt sich an das Bekleidungsamt gewandt, das mitgeteilt habe, daß der Tarif nicht die Grundlage für die Entlohnung der Instandsetzungsarbeiten bilden könne, weil nach diesem in der Regel nur Facharbeiter entlohnt würden, daß aber die Löhne so bemessen werden sollten, daß sie mit den in der Privatindustrie gezahlten in Einklang stünden und keinesfalls hinter den ortsüblichen Sätzen zurückblieben.

Herr Höf entgegnet, für die Schlichtungskommission könne kein Zweifel bestehen, daß das Arbeitsamt zur Einhaltung des Tarifs verpflichtet sei. Die Äußerung des Herrn Dr. Schlotter lege er dahin aus, daß bei Akkordlohn besondere Vereinbarungen herbeigeführt werden sollten. Vorliegend handle es sich aber um die Verweigerung der Feuerungszulage, die ab 1. April zu gewähren sei. Bei den Verhandlungen über den Reichstarif, der mit dem 1. April 1918 neu abgeschlossen worden sei, habe die Regierung ausdrücklich erklärt, daß sämtliche Vergabestellen angewiesen seien, die Arbeit nur an solche Unternehmer zu vergeben, die den Reichstarif anerkennen würden.

Herr Dr. Schlotter ist der Meinung, daß das Instandsetzungsamt angegangen werden müsse, die tariflichen Löhne den Arbeitern zugrunde zu legen. Andernfalls würde dem Arbeitsamt eine Verpflichtung auferlegt, die die Stadtgemeinde außerordentlich schädigen würde, da die in Betracht kommenden Firmen das Arbeitsamt für die Zahlung des Tariflohnes haftbar machen würden. Das Arbeitsamt seinerseits könne eine Verpflichtung nicht auf sich nehmen, bevor es in der Lage wäre, das Instandsetzungsamt regreppflichtig zu machen.

Herr Höf erwidert, das „Armeeverordnungsblatt“ verweise darauf, daß der Tarif von allen Unternehmern eingehalten sei. Er beantrage, dem städtischen Arbeitsamt aufzuerlegen, die Unternehmer zur Einhaltung des Tarifes anzuhalten. Heute liege lediglich ein Antrag gegen die Firma Wendt zur Nachzahlung der Feuerungszulage vor. Bisher sei die Unternehmung dazu in der Lage seien, gehe ihn als Vertreter der Arbeiter weniger an; es dürfte aber bekannt sein, daß den Unternehmern ein Revers zur Unterschrift überhandt worden sei, nach dem sie sich ehrenwörtlich verpflichtet hätten, die tarifliche Feuerungszulage zu zahlen. Eine Rückerkatung sei in Aussicht gestellt worden.

Herr Wendt erklärt, daß bei seiner Firma die Instandsetzungsarbeiten ausschließlich in Akkord hergestellt werden. Irigendwelche Klagen, daß zu wenig gezahlt werde, seien ihm nicht zugegangen.

Herr Höf bemerkt, daß die Rückerkatungsfrage erledigt sei. Die Aufwendungen der Unternehmung für die Feuerungszulage würden nach Unterzeichnung des fraglichen Reverses zurückertattet. Die Unterzeichnung habe verhüten sollen, daß Unternehmer, die den Tarif nicht einhielten, trotzdem eine Rückerkatung erhielten.

Herr Dr. Schlotter wiederholt, daß es heute noch zweifelhaft sei, ob die Instandsetzungsarbeiten unter dem Tarif fielen.

Nachdem Herr Mag.-Syndikus Prof. Dr. Cahn als unparteiischer Vorsitzender in die Verhandlung getreten, gelangte der Sachverhalt durch die Beteiligten nochmals zum Vortrag.

Die Schlichtungskommission erließ nach vorausgegangener Beratung gegen die Stimme des Vorsitzenden folgende

Entscheidung:

„Die Firma Wendt ist verpflichtet, ab 1. April 1918 die tarifliche Feuerungszulage an ihre Arbeiter zu zahlen.“

2. Sodann gelangte der Streitfall gegen die Firma Matthias, mit dem sich die Schlichtungskommission bereits in der Sitzung vom 18. Juni d. J. befaßt, zur Verhandlung.

Herr Höf wiederholt seinen gestellten Antrag, die Firma wegen Mehrarbeit bei Herstellung des Tornistors (Pos. 2 des Tarifs), die hauptsächlich durch minderwertiges Material bedingt werde, zur Zahlung eines angemessenen Ausgleiches, der arbeitserseits auf 40 Pf. bemessen werde, zu verurteilen.

Herr Stern befreitet die Zuständigkeit der Schlichtungskommission und wiederholt seine in der letzten Sitzung gemachten Ausführungen.

Die Schlichtungskommission erließ nach vorausgegangener Beratung mit der Stimme des Vorsitzenden und 2 Stimmen der Arbeitgeber gegen 2 Stimmen der Arbeiter folgende

Entscheidung:

„Die Schlichtungskommission des Lederausrüstungsgewerbes in Frankfurt a. M. ist zur Entscheidung vorstehender Streitfrage unzuständig.“

Die Streitfrage wird der Zentraltarifkommission in Berlin zur Entscheidung überwiesen.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Auch in Offenbach der Tarifvertrag verlängert.
 Bekanntlich waren die organisierten Kollegen der Offenbacher Lederwarenindustrie mit der ab 1. Juni 1918 „freiwillig“ gewährten Feuerungszulage nicht einverstanden. Demzufolge mußte die Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Stadtsyndikus Dr. Kroll zusammentreten, welche dann folgende Vereinbarung beider Teilen zur Beschlußfassung unterbreitete:
 „In der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie werden folgende Feuerungszulagen gezahlt:

An Zeitlohnarbeiter über 19 Jahre pro Stunde 25 Pf., ab 1. Juni 1918 35 Pf., ab 1. Oktober 1918 45 Pf.; an Zeitlohnarbeiter unter 19 Jahren pro Stunde 20 Pf., ab 1. Juni 1918 27 Pf., ab 1. Oktober 1918 35 Pf.; an Arbeiterinnen über 17 Jahre pro Stunde 15 Pf., ab 1. Juni 1918 20 Pf., ab 1. Oktober 1918 22 Pf.; an Arbeiterinnen unter 17 Jahren pro Stunde 10 Pf., ab 1. Juni 1918 13 Pf.; an jugendliche Arbeiter und Lehrlinge pro Stunde 10 Pf., ab 1. Juni 1918 13 Pf. für das 1. und 2. Jahr, 15 Pf. für das 3. Jahr; Akkordarbeiter erhalten auf dem verdienten Lohn ab 1. Juni 1918 40 Prozent, ab 1. Oktober 1918 45 Prozent.

Sämtliche Zutaten und Materialien werden den Seimarbeitern vom Unternehmer geliefert.

Ab 1. Januar 1919 erfolgt eine weitere Zulage, welche vom Schlichtungskommissionen festgesetzt wird.

Arbeitnehmer wie Arbeitgeber haben dieser Vereinbarung zugestimmt, infolgedessen gilt der am 1. Juni 1911 abgeschlossene Vertrag bis zum 30. Juni 1919.

Die Nürnberger Portefeullerarbeiter haben in einer gut besuchten Versammlung beschließen, bei den Fabrikanten eine weitere Erhöhung der ab 1. April dieses Jahres vereinbarten Feuerungszulage zu beantragen.

Aus unserem Beruf.

Gegen die beabsichtigte Verringerung der Nähgarnzuteilung für die Lederwaren-Industrie wenden sich in besonderen Eingaben die Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten und der Verband deutscher Lederwarenindustrieller, Sitz Offenbach am Main, an die Reichsbekleidungsstelle, die auch wir vollinhaltlich unterstützen. Wir hoffen, daß die Reichsbekleidungsstelle die Berechtigung der in der Eingabe aufgeführten Gründe anerkennt, umjomehr die bisherige Zuteilung schon unzureichend war, viele Seimarbeiter sich gezwungen sehen, um überhaupt arbeiten zu können, Nähgarn durch den Schleichhandel zu ergattern, was mit großen Zeitverlusten und Geldopfern verbunden ist. Papiergarne sind wegen ihrer geringen Haltbarkeit für Lederwaren ungeeignet, auch sind die Steppmaschinen nicht dafür eingerichtet. Seide ist nicht freizubekommen.

Der Bund Deutscher Sattlerinnungen hält in den Tagen vom 8. bis 10. September in Berlin seinen 19. Verbandstag ab. Von der 17 Punkte umfassenden Tagesordnung dürften von allgemeinem Berufsinteresse ganz besonders sein: Lehrlingsfragen, Rohstoffversorgung im Sattlergewerbe, die Tätigkeit der Innungen und Genossenschaften während des Krieges und die Ausfichten und Wünsche nach dem Kriege, Erhöhung der Beiträge.

Korrespondenzen.

Essen. (E. 5. 8.) Die Betriebsfaktler der Firma Krupp führten schon seit längerer Zeit Klage über die niedrige Entlohnung. Der Druck wurde mit der Zeit derartig fühlbar, daß die Klagen immer mehr an Schwollen und allgemein der Wunsch nach einer Betriebsversammlung laut wurde, um sich über die Verhältnisse auszusprechen und Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen.

Die in Betracht kommenden Verbände, Sattler- und Portefeullerverband und Christlicher Holzarbeiterverband, kamen dem nach. Für Mittwoch, den 31. Juli, waren zwei Versammlungen für die Betriebsfaktler der Firma Krupp einberufen. Die Mittagsversammlung für die Nachtschicht hatte etwas besser besucht sein können; die Abendversammlung für die Tagsschicht dagegen war überfüllt. In beiden Versammlungen mögen etwas über 300 Kollegen anwesend gewesen sein.

Nach, vom Christlicher Holzarbeiterverband, leitete die Versammlungen, Rolf Schneider-Barmen referierte über die Kriegsverhältnisse in der Treibriemenindustrie. Besonders hob er die Verhältnisse der Betriebsfaktler hervor.

Durch den Mangel an Leder und die Einführung von Ersatzstoffen hat sich die Zahl der Betriebsfaktler vermehrt. Die Berufsgefahren sind für die Betriebsfaktler viel größer als in anderen Branchen unseres Berufs. Für die Betriebsfaktler hat er eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. Die Stellung der Betriebsfaktler sei verschieden. In einigen Betrieben nehmen sie eine bevorzugte Stellung ein; meistens sind sie mit der übrigen Arbeitererschaft gleichgestellt. Bei der Firma Krupp ist dies leider nicht der Fall. Die Betriebsfaktler berichten nach Ansicht des Betriebes unproduktive Arbeit. Die Ausgaben hierfür werden auf das Betriebskostenkonto gesetzt. Jeder Betriebsfaktler versucht nun sein Betriebskostenkonto so niedrig wie möglich zu gestalten, und es ist erklärlich, wenn er dabei den Löhnen eine besondere Beachtung schenkt. Aus diesem Grunde erklärt es sich wohl, daß die Löhne der Betriebsfaktler der Firma Krupp so niedrig gehalten sind, daß sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. Zu be-

achten ist dabei noch, daß viele verheiratete Kollegen beschäftigt sind, die mit diesen niedrigen Löhnen noch ihre auswärtig wohnende Familie zu erhalten haben.

Die Löhne schwanken zwischen 0,78 Mk. und 1,35 Mk. pro Stunde. Nur die wenigsten Kollegen erhalten den höheren Lohn. In der Lafettenwerkstatt 8 betragen die Löhne 0,78, 0,85 und 0,96 Mk. die Stunde. In der Hauptsache werden 0,90 bis 1,10 Mk. pro Stunde bezahlt. Daß diese Löhne unzureichend sind, liegt auf der Hand, und die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung braucht nicht besonders betont zu werden. Mindestens müssen die Betriebsfaktler den Reparaturchlossern gleichgestellt werden.

Eine lebhaftige Aussprache, wobei die Verhältnisse in den verschiedensten Betrieben der Firma Krupp geschildert wurden, folgte den Ausführungen. Die Ausführungen über die Lohnverhältnisse wurden von verschiedenen Rednern noch besonders unterstrichen. Die Gewerkschaften wurden erjucht, durch den Arbeiterausschuß Forderungen auf Verbesserung der Löhne an die Firma zu stellen. Mit der Aufforderung an die Umwesenden, Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zu werden, wurden die gut besuchten Versammlungen geschlossen.

Rundschau.

Märchen und Wirklichkeit. Durch die Tagespresse gehen folgende sehr zutreffenden Ausführungen:

Die „Arbeiter verdienen ein schweres Geld“. So Klingt's aus aller Munde. Im Bahnwagen, im besseren Restaurant, im Friseurladen, überall, wo man mit bürgerlichen Personen zusammenkommt und über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse spricht, da heißt es: „Die Arbeiter verdienen jetzt schweres Geld.“ Da erzählt der eine: „Haben Sie schon die Schokoladengeschichte gehört? Aus bestimmter Quelle weiß ich, daß eine Arbeiterfrau sich ein halbes Pfund Schokolade für 15 Mk. kaufte, das einer bürgerlichen Dame zu teuer war.“ Oder: „Wissen Sie, was sich die Arbeiter heute leisten können, das kann keiner aus dem Mittelstande.“ Wie oft haben wir die Geschichte von dem fetttrinkenden Arbeiter anhören müssen. Das schönste aber ist: allen, die diese Märchen erzählen, sah man noch recht wenig von der Not der Zeit an. Nicht selten war es ein rechtes Vollmondsgefühl, das sich über die Schlemmerei der Arbeiter und ihre hohen Löhne entristete. Die straffgepannte Weste ließ auf sehr gute Ernährungsquellen schließen.

Aber: Die Arbeiter verdienen schweres Geld. Dabei ist die große Mehrzahl am Abend ärmer als am Morgen. Der Hunger geht um; unerträglich lastet die Not der Zeit auf allen, insbesondere auf den unteren Schichten des Volkes. Nicht nur die Ernährungsfragen wichen drückend, hinzu treten die Bekleidungsfragen und anderes mehr. Wer da Geld hat, spürt von alledem nur geringe Last. Er fragt nicht, was es kostet, er zahlt. Er ist und trinkt: er zahlt für ein gutes Butterbrot seine 2,50 Mk.; er trinkt vom Besten — und kostet das Glas 2 Mk.; er geht in guten, wasserdichten Stiefeln; sein Kleiderbestand ist so reichhaltig, daß er täglich wechseln kann (wenn er auch schon das „Opfer“ gebracht und aus seinem vollgepöppelten Schrank einen Anzug der Sammelstelle geopfert hat). Von Not ist keine Rede: für den Winter hat er schon seine Lieferungsabschlüsse gemacht; Buchsholz, Bohnen, Tafelobst werden ihm geliefert.

Von diesen Leuten erzählt man wenig. Aber um so mehr von den „schwerverdienenden Arbeitern“.

Und wie sieht da die Wirklichkeit aus? Gewiß, es gibt Arbeiter, die sehr gut verdienen. Aber die große Mehrzahl führt trotz der Mehrverdienste ein sehr, sehr kummervolles Leben. Denn die wucherische Ausbeutung des Volkes auf allen Gebieten wächst ins Unerträglichste.

Kurz: die rationierten Nahrungsmittel sind um das Siebenfache gegen 1913 verteuert worden. Für Kleidung muß man den fünffachen Betrag opfern; andere Bedarfsartikel, wie Feuerung, Seife, Bindhölzer, Soda, Tabak, weisen eine acht- bis neunfache Steigerung auf.

Und der Lohn? Von geringen Teilen abgesehen, verdient die große Masse der Arbeiter noch längst nicht das Doppelte des Lohnsatzes vor dem Kriege. Die Familien halten sich nur durch schwere und schwerste Mitarbeit aller Familienangehörigen. Ist angesichts solcher Verhältnisse das Verlangen der Arbeiter nach kräftiger Zulage nicht verständlich? Wer da Märchen von den schlemmenden Arbeitern erzählt, mag erst die Wirklichkeit studieren. Wer Schlemmeleben lernen will, halte in „besseren“ Kreisen, bei den gewisslosen Kriegsgewinnlern, Umschau — dann kann er Wahrheit und Dichtung bald unterscheiden.

Soziales.

Leistungen unserer Sozialpolitik. Aus Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes geht hervor, daß in dem Zeitraum 1885 bis 1913 die Aufwendungen der Krankenversicherung im Deutschen Reich insgesamt 5 Milliarden 623 1/2 Millionen Mark betragen. Davon wurden unter anderem ausgegeben für Arzt usw. 1211 Millionen Mark, für Arznei usw. 852 Millionen Mark, für Krankengeld 2394,7 Millionen Mark, für Krankenhauspflege 757,7 Millionen Mark und für Hausgeld 65,5 Millionen Mark. Auch die Gewerkschaften sind hier nicht unberücksichtigt. In dem Zeitraum von 1904 bis 1913, also in zehn Jahren, haben die bei der Generalkommission angeschlossenen Verbände rund 73 Millionen und 900 000 Mk. für Krankenunterstützung ausgegeben. Von 1891 bis Ende 1913 sind bei der Invalidenversicherung mit den Sonderanstalten 2 239 933 Invalidenrenten anerkannt, die dafür ohne Heilverfahren usw. einen Betrag von 1805 Millionen Mark erforderten. Seit 1885 bis 1913 hat die Unfallversicherung 2 Milliarden und 508 Millionen Mark aufgewendet, wovon 28 1/2 Millionen Mark auf die Unfallverhütung entfallen. In dem Zeitraum der zehn Jahre vor dem Kriege 1904 bis 1913 sind bei der gesamten Unfallversicherung des Deutschen Reichs 6 749 517 Unfälle gemeldet worden. Davon waren 1 386 158 Unfälle mit 94 748 Tödllichverletzten, welche entschädigt werden mußten. Die Gesamtsumme dieser Entschädigung betrug rund 1546 Millionen Mark. Dagegen betrug die Ausgabe für die Überwachung der Betriebe zur Unfallverhütung nicht ganz 18 Millionen Mark. Dazu kommen noch die nicht unberücksichtigten Kosten für den Verwaltungsapparat, die fortgesetzt steigen sind, und die Belastungen der Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate. Die gesamte Arbeiterversicherung hat seit ihrem Bestehen bis 1913 insgesamt nahezu 11 Milliarden Mark aufgewendet. Im Jahre 1913 betrug der tägliche Bedarf über 2 1/2 Millionen Mark.

Briefkasten der Redaktion.

C. M. in M. Tugendwelche gesetzliche Verpflichtung des Unternehmers, den Arbeitern eine Vergütung für Handwerkzeug zu gewähren, besteht nicht.

Ältere erfahrene

Sattler,

welche mit Reparatur von Treibriemen usw. vertraut sind, können bei gutem Lohn Arbeit finden.

Stahlwerk Thyssen, U.-G.
Saggingen i. Lothringen.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder aus Offenbach a. M.:

- Hans Förstner, 29 Jahre alt.
- Kurt Schaisch, 22 Jahre alt.
- Hermann Sutor, 39 Jahre alt.
- Heinrich Pfeffer, 43 Jahre alt.
- Karl Keller, 32 Jahre alt.
- Christian Weidner, 29 Jahre alt.
- Ditto Leilich, 23 Jahre alt.
- Johann Wolf, 21 Jahre alt.
- Adolf Driloff, 22 Jahre alt.
- Dorenz Stenger, 34 Jahre alt.
- Josef Zahn, Wilhelm a. Main, 22 J. alt.
- Jakob Wagner, Mainz, 20 Jahre alt.

Stuttgart. Am 13. Juli starb unser Mitglied **Ditto Lorch** im Alter von 31 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

la gelb Preßspan

1 1/2 mm, Bl.-Gr. 70x100 cm, 9000 Kilo, halb sofort, halb kurzfristig lieferbar. Anfr. erb. **Bruno Ruff,** Berlin-Steglitz, Rurfürstenstraße 3. Telephon: Steglitz 3315. Sprechzeit: 1/5-7 Uhr nachmittags.